DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

STIFTUNG WEIMARER KLASSIK/DPA-BILDFUNK

Meisterwerk

Der berühmte fünfte Akt von »Faust II« zeigt: Johann Wolfgang von Goethe durchdachte auch in hohem Alter noch gesellschaftliche Alternativen. Die aktuelle Forschung ist da anderer Auffassung. Von Heinz Hamm

» SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **MITTWOCH, 22. MÄRZ 2017** · NR. 69 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Ungeschützt
Studien: Geflüchtete Frauen und Kinder brauchen mehr Privatsphäre in Sammelunterkünften **2**

Unbändig
US-Haushaltsentwurf: Streitkräfte sollen Einsatzbereitschaft und Kampfkraft schnell erhöhen **3**

Unumwunden
Russische Armee errichtet Basis in kurdischem Kanton im Nordwesten Syriens. Von Nick Brauns **6**

Unverhohlen
»Marsch der Veteranen« in Riga wird zu einer Demonstration der Neofaschisten Osteuropas **15**

Doppelsignal aus Ankara

BRD-Auftritte von AKP-Vertretern als »Geste des guten Willens« abgesagt. Erdogan peitscht Anhänger weiter gegen »faschistisches Europa« auf. **Von Michael Merz**

Überraschenderweise erklärte der Generalsekretär der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), Bülent Bilgi, am Dienstag, dass es vor dem Verfassungsreferendum in der Türkei keine weiteren Wahlkampfauftritte von Vertretern der Regierungspartei AKP in Deutschland mehr geben werde. Dies solle als »Geste des guten Willens« verstanden werden und angesichts des Streits um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker zur Deeskalation beitragen, sagte er der Nachrichtenagentur *dpa*. Für den Präsidenten der Türkei wollte der Chef des Lobbyverbandes, der als verlängerter Arm der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP gilt, allerdings nicht die Hand ins Feuer legen. »Das, was Herr Erdogan macht, können wir nicht bestimmen«, sagte Bilgi auf die Frage, ob die Auftrittsabsage auch für das Staatsoberhaupt gelte.

»Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das für ein Zeichen der Vernunft«, kommentierte SPD-Parteichef und Kanzlerkandidat Martin Schulz laut *dpa* die Nachricht am Dienstag im Berliner Bundestag vor einer Fraktionssitzung. Er freute sich wohl etwas zu früh. Einsicht, den Bogen angesichts zahlreicher Nazivergleiche in der letzten Zeit überspannt zu haben, ist von Erdogan nicht zu erwarten. Im Vorfeld des Referendums, das ihm nahezu uneingeschränkte Macht im Staat sichern soll, haute er am Dienstag weiter auf die Pauke. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ankara rief Erdogan seinen Anhängern zu, Europa sei »rassistisch, faschistisch und grausam«. Die Wähler müssten daher bei der Volksabstimmung eine Antwort geben, die »die ganze Welt hören kann«, und mit Ja stimmen. Die EU sei nicht nur islamfeindlich, sondern auch gegen die Türkei gerichtet, fuhr Erdogan in seiner Rede fort. Die EU-Länder hätten ihre Masken abgelegt und ihr »wahres Gesicht« gezeigt, sie verhielten sich genauso wie zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Wie die Agentur *AFP* meldete, habe die Menge mit einem lauten »Ja« geantwortet, als Erdogan fragte, ob die Wähler für »eine einzige Nation, eine einzige Flagge, ein einziges Vaterland und einen einzigen Staat« seien.

MURAD SEZER/REUTERS

Gegner des angestrebten Präsidialsystems werden zunehmend auch in der BRD diffamiert: Geschäft in Istanbul (März 2017)

Die EU rückt zunehmend von ihrer diplomatischen Zurückhaltung gegenüber der Türkei ab, die sich vornehmlich auf den seit einem Jahr mit ihr bestehenden Flüchtlingspakt gründet. Der EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn schließt nicht mehr aus, dass das Staatenbündnis bald über einen möglichen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Ankara beraten könnte. »Die absurden und inakzeptablen Nazivergleiche sind aufs entschiedenste zurückzuweisen«, sagte Hahn gegenüber *Bild* (Dienstagausgabe). Mit Drohungen könne man »keine Politik machen, sie machen einen vernünftigen Dialog unmöglich«, fügte Hahn hinzu. Solange die Türkei weiter Regierungskritiker verfolge, werde es auch keine Visumfreiheit für Türken in der EU geben.

Am 16. April wird in der Türkei über das Verfassungsreferendum entschieden. Die 1,4 Millionen Wahlberechtigten in der Bundesrepublik können bereits zwischen 27. März und 9. April abstimmen. Dazu sollen unter anderem in Konsulaten Wahllokale eingerichtet werden. Viele türkischstämmige Menschen haben nach Angaben der Türkischen Gemeinde Angst, sich öffentlich gegen das angestrebte Präsidialsystem auszusprechen. »Die Neinsager sind von Denunzierung und Diffamierung eingeschüchtert«, sagte der Vorsitzende Gökay Sofuoglu in Stuttgart zu *dpa*. Und die Aggression werde von Erdogan persönlich befeuert, er stelle sie als Vaterlandsverräter und Terroristenschützer dar.

■ Siehe Seite 4

Geheimdienstler gegen Trump

FBI-Chef sagt zu Ermittlungen über mutmaßliche Russland-Verbindungen des US-Präsidenten aus

Durch die Aussage von FBI-Chef James Comey in einer Kongressanhörung zu der Russland-Affäre ist Präsident Donald Trump am Montag (US-Ortszeit) weiter unter Druck geraten. Wie Comey sagte, untersucht das FBI mögliche Absprachen zwischen dem Trump-Team und der russischen Regierung während des Wahlkampfs.

Comey sagte vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses, die Untersuchung zu den Cyberattacken gegen Trumps unterlegene Konkurrentin Hillary Clinton habe Ende Juli begonnen. Sie schließe »die Natur irgendwelcher Verbindungen« zwischen dem Trump-Team und Russlands Regierung ein. Dabei gehe es um die Frage, ob es eine »Koordination« zwischen Trump-Mitarbeitern und Moskau gegeben habe. Untersucht werde auch, ob Straftaten begangen wurden.

Der FBI-Direktor sowie der ebenfalls befragte Chef des Geheimdienstes NSA, Mike Rogers, wollten sich jedoch nicht dazu äußern, ob Belege für Absprachen aufgetaucht sind und welche Trump-Mitarbeiter im Zentrum stehen. Comey gab an, der Ausgang der Untersuchung sei »offen«. Da diese andauere und als vertraulich eingestuft sei, dürfe er darüber nicht mehr sagen.

Während des Wahlkampfs waren vertrauliche Nachrichten des Clinton-Teams veröffentlicht worden. Diese waren entweder gehackt oder geleakt worden. Comey behauptete während seiner Befragung, der russische Staatschef Wladimir Putin habe danach getrachtet, Trumps Rivalin Hillary Clinton zu schaden.

Unterdessen überraschte Außenminister Rex Tillerson mit der Aussage, er werde nicht am nächsten Treffen mit seinen NATO-Kollegen am 5. und 6. April in Brüssel teilnehmen. Bei der halbjährlichen Zusammenkunft des westlichen Kriegsbündnisses werde er durch Staatssekretär Tom Shannon vertreten, teilte ein Sprecher am Dienstag mit.

Er verwies darauf, dass Tillerson am Mittwoch schon einen Großteil der NATO-Außenminister bei einem Treffen der Koalition gegen die Terrormiliz »islamischer Staat« (IS) in Washington treffen werde. Im April werde er dann zum G-7-Treffen in Italien und zu Gesprächen nach Russland reisen. (AFP/jW)

■ Siehe Seite 3

Katalonien: Artur Mas geht in Berufung

Barcelona. Der frühere katalanische Regionalpräsident Artur Mas will gegen seine Verurteilung zu einem zweijährigen Ämterverbot Berufung vor dem Obersten Gericht Spaniens einlegen. Der Oberste Gerichtshof Kataloniens (TSJC) hatte den 61jährigen vor einer Woche verurteilt, weil er trotz eines vom Verfassungsgericht verhängten Verbots am 9. November 2014 einen symbolischen Volksentscheid über die Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien durchführen ließ. Mit dem Urteil hätten die Richter unter anderem das Recht auf Weltanschauungsfreiheit und das Recht auf Meinungsfreiheit verletzt, zitierte die Zeitung *El Mundo* am Dienstag ein Schreiben von Mas' Anwälten. An der Volksbefragung hatten etwa 2,3 der 6,3 Millionen Stimmberechtigten teilgenommen, mehr als 80 Prozent von ihnen stimmten für die Unabhängigkeit. (dpa/jW)

Eine Milliarde Euro für die Quandts

PETER KNEFFEL/DPA-BILDFUNK

München. Die Geschwister Stefan Quandt und Susanne Klatten erhalten von dem Automobilkonzern BMW in Kürze mehr als eine Milliarde Euro Dividende. Der Münchner Hersteller teurer Fahrzeuge hat im vergangenen Jahr 6,9 Milliarden Euro Gewinn verbucht. Nach dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat soll genau ein Drittel davon als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Die beiden Erben des Großindustriellen Herbert Quandt und von dessen dritter Ehefrau Johanna besitzen 46,7 Prozent der BMW-Stammaktien. Von den 2,3 Milliarden Euro Dividende entfallen damit 1,074 Milliarden Euro auf die beiden »Ankeraktionäre« und Multimilliardäre. Das sind 93 Millionen mehr als im Vorjahr.

Auch die 88.000 BMW-Beschäftigten bekommen einen Bonus: Ein Facharbeiter erhalte demnach etwa 9.000 Euro zusätzlich, wie ein Sprecher sagte. (dpa/jW)

jW **wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen** (Stand 16.3.2017)

■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901607 30012